



Leserbriefe sind in keinem Fall Meinungsäußerungen der Redaktion. Wir behalten uns die Kürzung der Texte vor. Es können nur ZUschriften veröffentlicht werden, die sich auf benannte Artikel im „Bayerischen Ärzteblatt“ beziehen. Bitte geben Sie Ihren vollen Namen, die vollständige Adresse und für Rückfragen auch immer Ihre Telefonnummer an.

**Bayerisches Ärzteblatt,
Redaktion Leserbriefe,
Mühlbauerstraße 16, 81677 München,
E-Mail: aertzblatt@blaek.de**



Zur Hitzeschutz Ausgabe 7-8/2025

Die Berichte über den zunehmend notwendigen Hitzeschutz mit Handlungsanweisungen für die Praxis fand ich sehr hilfreich. Dank dafür! Allerdings betreffen diese nur die Symptome der immer augenscheinlicher werdenden Folgen des Klimawandels. Als Ärzte müssen wir vor allem nach den Ursachen forschen und sie behandeln: das bedeutet, wie können wir dazu beitragen, die verursachenden

CO₂-Emissionen zu vermindern und zu beenden. Häufig hört man, auch unter Ärzten, resignative Beschwichtigungen wie zum Beispiel: Deutschland macht doch nur 2 Prozent der Weltbevölkerung aus oder der Hinweis auf Länder mit weit höherem CO₂-Ausstoß. Gerne wird China genannt. Tatsache ist jedoch, dass China pro Einwohner wesentlich mehr grünen Strom erzeugt als Europa. Richtig ist auch, dass eine globale Reduzierung der CO₂-Konzentration in der Atmosphäre notwendig ist. Trotzdem ist jede eingesparte Tonne CO₂ hilfreich. Wenn jeder in Deutschland nur eine Tonne pro Jahr einspart – das ist nicht schwierig – macht das bereits 80 Millionen Tonnen aus. Seit 100 Jahren ist Deutschland einer der größten CO₂-Emittenten der Welt. Unter den Folgen leiden besonders die äquatornahen Länder, sowie alle ärmeren Länder, die aber nur geringe CO₂-Emissionen verursachen. Sie leiden unter Dürre, Hitze, Feuerbrünsten, Extremwetter. Selbst die Camargue hat durch den Anstieg des Meeresspiegels bereits ein Drittel seiner Fläche verloren. Konsequente Klimapolitik ist nicht nur eine Frage der Solidarität, sondern auch eine Vorsorge für uns, denn all das kommt auf uns zu und ist zum Teil bereits eingetroffen.

*Dr. Michael Kögler,
Facharzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Facharzt für Kinderheilkunde,
Facharzt für Psychotherapeutische Medizin, Garmisch-Partenkirchen*

Ein klares Signal für die Entkriminalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen

**Zum Interview mit Dr. Marlene Lessel
in Heft 7-8/2025, Seite 309**

Um den Paragraph 218 wird seit Jahrzehnten gestritten. Abtreibungsbefürworter und -gegner vertreten ihre Positionen und stehen sich unnachgiebig gegenüber. Das Thema polarisiert und spaltet unsere Gesellschaft zunehmend, auch die Ärzte-

schaft. Was die eine Seite als zu liberal einstuft, bewertet die andere Seite als nicht liberal genug. Es ist der Konflikt zwischen Selbstbestimmungsrecht der Frau auf der einen und Lebensrecht des Ungeborenen auf der anderen Seite. Beides sind wichtige Rechte die respektiert werden müssen. Weder Ärztinnen und Ärzte, die eine Abtreibung vornehmen, noch die betroffenen Frauen dürfen stigmatisiert oder angeschuldigt werden. Eine Entkriminalisierung von Abtreibung wird dies jedoch meines Erachtens nicht verhindern. Ich befürchte, dass sich die Fronten noch mehr verhärten und die Gräben vertiefen werden, je mehr der einen oder anderen Seite ihren jeweiligen Forderungen entsprochen wird. Es stellt sich die Frage, wie dieser Graben überwunden werden kann. Hilfreich wäre ein Konsens, den alle Ärztinnen und Ärzte vertreten können und für den es sich lohnt, gemeinsam sich stark zu machen. Ein Konsens zum Beispiel könnte sein, dass das Töten eines ungeborenen Menschen nicht unbedingt erstrebenswert ist und nur schwer mit unserer ärztlichen Berufung vereinbar ist. Wir Ärztinnen und Ärzte erklären gemeinsam zu unserem vorrangigen Ziel, unsere Kräfte und Engagement darauf zu richten, dem Schwangerschaftskonflikt zugrundeliegende Ursachen und Nöte zu beseitigen. Wir sollten gemeinsam unseren Einfluss auf Gesellschaft, Politik und Wirtschaft dazu nutzen, in unserem Land eine Willkommenskultur für Neugeborene zu schaffen. Schwangere Frauen in Konfliktsituationen dürfen auf keinen Fall allein gelassen werden. Sie müssen die Gewissheit haben, ausreichende soziale und finanzielle Unterstützung von verschiedenen Seiten zu erhalten (persönlich-familiäres Umfeld, Arbeitgeber, Staat, etc.). Sie dürfen und müssen die Chance erhalten, frei und ohne jeglichen Druck entscheiden zu können. Je mehr dies effektiv realisiert wird, umso weniger Abtreibungen wird es geben. Dies ist sicherlich ein langer Weg, der aber dazu führen würde, der oben erwähnten Polarisierung entgegenzuwirken.

*Dr. Xaver Heberle,
Praktischer Arzt,
87634 Obergünzburg*

**Für heute.
Für morgen.**



Sie sind da, die Lösungen, mit denen wir Gesundheit, Freiheit, Wohlergehen und Klimaschutz für alle organisieren können.

Setzen wir sie gemeinsam um.



Jetzt KLUG unterstützen.
www.klimawandel-gesundheit.de



KLUG
Deutsche Allianz
Klimawandel und Gesundheit